

ANTRAG

der Fraktionen der CDU und SPD

Digitale Teilhabe für gesellschaftliche Teilhabe - Digitale Kompetenzen im hohen Alter ausbauen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Für die Gestaltung eines selbstbestimmten Lebens und eine aktive gesellschaftliche Teilhabe von lebensälteren Menschen ist die Nutzung von neuen Technologien ein entscheidender Faktor. Seniorinnen und Senioren müssen darin unterstützt werden, einen Zugang zum Internet und zu Informationstechnik zu erhalten sowie die notwendigen Anwendungs-kompetenzen und kritischen Medienkompetenzen zu entwickeln.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. zu prüfen, wie Beratungs- und Informationsangebote für die Förderung der Digitalen Kompetenzen von Seniorinnen und Senioren weiter ausgebaut, innovative Konzepte und Maßnahmen zur Verbesserung der Digitalen Teilhabe gefördert und vorhandene Strukturen vernetzt werden können.
2. einen überregionalen Dialog unter Einbeziehung seniorenpolitischer Akteure für digitale Teilhabe und Selbstbestimmtheit im Alter zu beginnen (beispielsweise durch Workshops), um für dieses Thema zu sensibilisieren, neue Ideen zu generieren und Akteure zu vernetzen. Dabei sollten auch die Digitalen Innovationszentren mit einbezogen werden, um Ideenbringer mit Lösungsfindern zusammenzubringen.
3. den vorhandenen Leitfaden mit Empfehlungen für die Entwicklung senioren-politischer Konzepte auf kommunaler Ebene unter dem Aspekt der digitalen Teilhabe fortzuschreiben, beispielsweise mit Empfehlungen für hilfreiche Tools zur Alltagsorganisation, Kommunikation und Unterhaltung, die einfach zu nutzen sind und zugleich den Datenschutz-Standards entsprechen.
4. zu prüfen, wie der Zugang zum Internet für Einwohnerinnen und Einwohner von Alten- und Pflegeheimen verbessert werden kann.

III. Der zuständige Ausschuss für Soziales, Integration und Gleichstellung wird bis zum 31. Dezember 2021 durch die Landesregierung über den Zwischenstand der Aktivitäten unterrichtet.

Wolfgang Waldmüller und Fraktion

Thomas Krüger und Fraktion

Begründung:

Der demografische Wandel sowie die damit verbundene Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung stellen das Land Mecklenburg-Vorpommern vor eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Gemäß Bevölkerungsprognose der Landesregierung für Mecklenburg-Vorpommern wird der Anteil der Bürger im Alter von 75 und älter an der Bevölkerung unseres Landes von aktuell 13 Prozent (ca. 207 000) auf 20 Prozent (ca. 311 000) im Jahr 2040 steigen.¹ Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung und der Herausforderungen des demografischen Wandels spielen Fragen zur Nutzung und Bedienung neuer digitaler Angebote eine zentrale Rolle für die gesellschaftliche Teilhabe von Seniorinnen und Senioren. Bedarfsgerechte Bildungsangebote sind notwendig, damit ältere Menschen nicht von den Vorteilen der Nutzung der neuen digitalen Technik ausgeschlossen werden und über Chancen und Risiken bei der Nutzung dieser Technik informiert sind. Wird den Seniorinnen und Senioren der Zugang zu neuen technischen Möglichkeiten erleichtert und ihnen ein sicherer Umgang mit der neuen digitalen Technik ermöglicht, können folgende Ziele erreicht werden:

- Auch bei zunehmend eingeschränkter Mobilität können Seniorinnen und Senioren weiterhin selbstständig ihr Alltagsleben bestreiten, wenn Amts- und Arztbesuche sowie Einkäufe online ausgeführt werden können.
- Bei der Nutzung des Internets als Verbraucher sind sich Seniorinnen und Senioren ihrer Rechte und Pflichten sowie der Risiken im Umgang mit den persönlichen Daten bewusst.
- Das Risiko einer Vereinsamung von Seniorinnen und Senioren nimmt ab, wenn sie ihre sozialen Kontakte zu Freunden oder Verwandten auch über Social-Media-Plattformen, Messenger- und Videokonferenz-Diensten aufrechterhalten können.
- Auch die Gesamtgesellschaft profitiert, wenn Seniorinnen und Senioren sich mit ihren Fähigkeiten und dem dem verfügbaren Zeitbudget weiterhin gesellschaftlich einbringen können, beispielsweise durch ehrenamtliches Engagement.

¹ vgl. Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern: 5. Bevölkerungsprognose Mecklenburg-Vorpommern bis 2040. Landesprognose, <https://www.regierung-mv.de/static/-Regierungsportal/Ministerium%20f%C3%BCr%20Energie%2c%20Infrastruktur%20und%20Digitalisierung/Dateien/Downloads/Bev%C3%B6lkerungsprognose-Landesprognose.pdf>, aufgerufen am 1. Dezember 2020

In der 6. Wahlperiode hat die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ im Abschlussbericht² festgestellt, dass Kenntnisse, Fähigkeiten und Routinen älterer Menschen für den sicheren Umgang mit Computer und Internet vielfach nicht ausreichend seien. Es wurde auf das heute noch bestehende Projekt „Silver-Surfer“ beim Europäischen Integrationszentrum (EIZ) in Rostock verwiesen, welches Schulungen für über 50-Jährige zum Umgang mit neuen Medien und IT-Techniken anbietet. Als konkrete Handlungsempfehlung wurde formuliert: „Die Medienkompetenz der Seniorinnen und Senioren für die Nutzung virtueller Angebote ist, falls notwendig, zu stärken und durch entsprechende Bildungsangebote zu befördern“³. Zudem wurde eine stabile, leistungsfähige und flächendeckende Internetversorgung zur Gewährleistung einer virtuellen Mobilität gefordert. Nicht zuletzt sollten kommunale seniorenpolitische Gesamtkonzepte auch Aspekte der Teilhabe beinhalten.

Das Thema Internetversorgung wurde in der laufenden Wahlperiode bereits mehrmals im Landtag behandelt (siehe u. a. „Flächendeckenden Breitbandausbau in Mecklenburg-Vorpommern sichern“ - Drucksache 7/4029).

Bezüglich weiterer Angebote zur Förderung der Medienkompetenz kann das Ministerium für Gesundheit, Integration und Gleichstellung Mecklenburg-Vorpommern auf das bereits seit 2002 bestehende Landesprojekt „Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als seniorTrainer“ verweisen, in dessen Rahmen auch Digitalisierung oder Medienkompetenz behandelt werden. Ansonsten verharret unser Land im Status Quo.

Da für eine nachhaltige Seniorenpolitik die Verantwortung der Kommunen eine nicht unwesentliche Rolle spielt, hat die Landesregierung mit einem Leitfadens⁴ Eckpunkte sowie Empfehlungen für die Entwicklung seniorenpolitischer Gesamtkonzepte auf kommunaler Ebene vorgelegt. Dieser Leitfaden weist zwar darauf hin, dass eine entsprechende Internetpräsenz einer Kommune einen Hinweis auf die „Silver-Surfer“ beinhalten sollte, aber es wird nicht dargelegt, dass die Unterstützung der IT- und Medienkompetenz lebensälterer Menschen ein wesentlicher Baustein bei der Förderung gesellschaftlicher Teilhabe darstellt. Entsprechend besteht das Risiko, dass dieser Aspekt bei örtlichen Maßnahmenkatalogen vernachlässigt wird. Die Förderung der digitalen Teilhabe von Seniorinnen und Senioren kann kein abgeschlossener Prozess sein, da die Digitalisierung selbst mit zunehmender Dynamik fortschreitet. Bestehende Konzepte und Maßnahmen müssen daher laufend überprüft und angepasst werden. Eine überregionale Vernetzung der Akteure und ein laufender Ideenprozess können sicherstellen, dass die Angebote stets bedarfsgerecht und flächendeckend weiterentwickelt werden. Nicht zuletzt sollten dabei auch die Digitalen Innovationszentren in Mecklenburg-Vorpommern einbezogen werden, denn aus einem solchen Austausch könnten zu beiderseitigem Nutzen neue Geschäftsmodelle und Technologien (beispielsweise Assistenzsysteme) entstehen.

² vgl. Die Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ in der 6. Wahlperiode 2011 - 2016, https://service.mvnet.de/php/download.php?datei_id=1610847, aufgerufen am 3. Dezember 2020.

³ ebd., S. 178.

⁴ vgl. <https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Soziales/Senioren/Seniorenpolitische-Gesamtkonzepte/?id=19064&processor=veroeff>, aufgerufen am 3. Dezember 2020.